

Kurzprotokoll der Oktobersession 2002

- [Übersicht](#)
- [Finanzvorlagen](#)
- [Motionen](#)
- [Postulate](#)
- [Interpellationen und Anfragen](#)

Übersicht

Am Montag und am Dienstag, dem 28. und dem 29. Oktober 2002, fand unter dem Vorsitz von Yvonne Schärli, Ebikon, eine Session des Grossen Rates statt.

Hauptgeschäfte der Session waren die Verabschiedung des Staatsvoranschlags für das Jahr 2003 und die Behandlung des Integrierten Finanz- und Aufgabenplans 2003 bis 2007. Weiter genehmigte der Grosse Rat die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht 2001 der Gebäudeversicherung des Kantons Luzern und nahm die Jahresrechnungen und Geschäftsberichte 2001 der Landwirtschaftlichen Kreditkasse und der Familienausgleichskasse des Kantons Luzern zur Kenntnis.

Der Rat wies ferner eine Vorlage einer ständigen Kommission zur Vorberatung zu und behandelte 28 parlamentarische Vorstösse und 4 Begnadigungsgesuche. Eröffnet wurde der Eingang von 3 Petitionen und von 27 parlamentarischen Vorstössen. Die für 4 Vorstösse beantragte dringliche Behandlung wurde für 2 beschlossen und durchgeführt, für die andern abgelehnt. Eine Motion wurde zurückgezogen.

Von den 56 traktandierten Geschäften konnten ein Planungsbericht, drei Entwürfe von Gesetzesänderungen, zwei Grossratsbeschlüsse, ein Dekretsentwurf sowie 16 parlamentarische Vorstösse nicht behandelt werden.

Finanzvorlagen

Finanz- und Aufgabenplan 2003 bis 2007. Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan (IFAP) 2003 bis 2007 gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 27. August 2002 wurde teilweise genehmigt (Planungs- und Finanzkommission unter dem Vorsitz von Räto Camenisch, Kriens), und zwar mit Ausnahme der Steigerung des Personalaufwands, der Entwicklung der Gesamtverschuldung und des Selbstfinanzierungsgrades. Der Grosse Rat erteilte dem Regierungsrat den Auftrag, mit dem Voranschlag 2004 einen IFAP vorzulegen, in dem erstens der Selbstfinanzierungsgrad über die ganze Planungsperiode durchschnittlich 100 Prozent beträgt, mit dem zweitens die Steuerbelastung der natürlichen Personen an den Durchschnitt der übrigen Kantone angenähert wird und worin drittens ein Abbau der Verschuldung bis Ende 2007 auf 750 Millionen Franken eingeplant ist.

Staatsvoranschlag 2003. Die Entwürfe von Grossratsbeschlüssen über den Voranschlag 2003 und über den Bezug der Staatssteuern im Jahr 2003 gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 20. August 2002 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 36 vom 7. September 2002, S. 2145) wurden behandelt (Planungs- und Finanzkommission unter dem Vorsitz von Räto Camenisch, Kriens) und unter Berücksichtigung von Anträgen der Kommission gutgeheissen. Der genehmigte Voranschlag weist in der Laufenden Rechnung einen Überschuss von 0,6 Millionen Franken auf, während sich in der Investitionsrechnung Nettoinvestitionen von 187,8 Millionen Franken ergeben. Der Finanzierungsfehlbetrag in der Gesamtrechnung beläuft sich auf 20,8 Millionen Franken, der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 90 Prozent. Der Steuerfuss wird im Jahr 2003 um drei Zwanzigstel-Einheiten auf 1,70 Einheiten gesenkt.

Motionen

Erheblich erklärt wurden die Motionen

- M 619 von Leo Müller, Ruswil, über Sparmassnahmen im eigenen Bereich und im interkantonalen Bereich,
- M 738 von Hans Peter Pfister, Eich, über die Strategie für eine finanzwirksame Aufgabenreform.

Zurückgezogen wurde die Motion M 711 von Peter Brunner, Rain, über die Änderung von § 2 Absatz 3 des Steuergesetzes.

Postulate

Erheblich erklärt wurden die Postulate

- P 555 von Heidi Lang, Ermensee, über eine echte Wirkungsanalyse der Staatsbeiträge,
- P 703 von Odilo Abgottspon, Luzern, über die Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für die Abgeltung von zentralörtlichen Leistungen des Kantons Luzern,
- von Margrit Steinhauser, Luzern, über einen statistischen Grundlagenbericht zur Entwicklung der Schülerschaft und der Schulräumlichkeiten auf der Sekundar- und Mittelschulstufe in den nächsten Jahren (als Motion M 614 eingereicht),
- P 419 von Margret Müller, Oberkirch, über die Schaffung einer Fachstelle für Schuldenberatung und Schuldensanierung,
- von Josef Rüttimann, Hildisrieden, über zusätzliche Abstellplätze und Stauräume für den LKW-Transitverkehr entlang der A 2 im Kanton Luzern (als Motion M 697 eingereicht),
- P 662 von Karl M. Ronner, Triengen, über den Amtsantritt von Grossratspräsidium und Schultheiss,
- P 729 von Louis Schelbert, Luzern, über den Verbleib des Post-Briefzentrums in der Region Luzern,
- P 755 von Giorgio Pardini, Luzern, über „Sind den Luzerner Behörden 600 Post-Arbeitsplätze egal?“ (dringliche Behandlung),
- P 756 von Alois Hodel, Egolzwil, über die Ab- und Umbaupläne der Schweizer Post (dringliche Behandlung).

Teilweise erheblich erklärt wurden die Postulate

- von Lotti Stadelmann, Ruswil, über die Verwendung der ausserordentlichen Nationalbankgewinne im Kanton Luzern (als Motion M 677 eingereicht),
- von Anton Kunz, Grosswangen, über die Kostenexplosion im Bildungswesen in den Gemeinden (als Motion M 540 eingereicht),
- P 467 von Trudy Haldi, Malters, über die zunehmende Gewaltbereitschaft Jugendlicher.

Abgelehnt wurden das Postulat P 658 von Gerhard Klein, Wauwil, über Massnahmen zur Integration von Kindern ohne oder mit unzureichenden Deutschkenntnissen in der Volksschule.

Interpellationen und Anfragen

Schriftlich beantwortet wurden die Interpellationen und Anfragen

- A 623 von Rico De Bona, Littau, über den Schwerverkehr am Gotthard,
- A 626 von Hanspeter Birrer, Luthern, über den unzumutbaren Zustand für die betroffenen Chauffeure auf der A 2 während der "Phase rot",
- A 683 von Josef Rüttimann, Hildisrieden, über die LKW-Flut auf den Raststätten und Parkplätzen der N 2 des Kantons Luzern,
- I 413 von Walter Häcki, Luzern, über die zunehmende Jugendgewalt im Kanton Luzern,
- A 640 von Gerhard Klein, Wauwil, über Gewaltandrohungen von Schülern gegenüber Lehrpersonen,
- A 691 von Elisabeth Schubiger, Buchrain, über den Umgang mit Gewalt an den Schulen,
- A 698 von Karl M. Ronner, Triengen, über päpstliche Privilegien vom 23. November 1928 und das Versprechen der Regierung zur Abklärung in dieser Sache,
- A 720 von Gerhard Klein, Wauwil, über Festnahmen wegen Drohungen,
- A 721 von Walter Häcki, Luzern, über das Vermummungsverbot,
- A 732 von Gerhard Klein, Wauwil, über den Rücktritt des Sicherheitschefs bei der Kantonspolizei,
- A 687 von Gerhard Klein, Wauwil, über die Verrechnung von Gebäudemieten innerhalb der Verwaltung,
- A 707 von Heinz Dätwyler, Kriens, über die S-Bahn-Zentralschweiz, 1. Etappe,
- A 719 von Erwin Dahinden, Schüpfheim, über die Schliessung von Schiessplätzen,
- A 742 von Josef Fischer, Triengen, über die Probleme mit der Führerstandssignalisierung der SBB auf der Bahnlinie Olten-Luzern.